

# FRAKTIONEN IM RAT DER STADT OSNABRÜCK

Rathaus/Bierstr. 28 · 49074 Osnabrück · Tel.: 323-4448, -3130



Nr. 9 – 24.02.2014

## **„Flüchtlingssozialarbeit nicht beschädigen“ Rot-Grün erstaunt über einseitige Unterstützung der CDU-Fraktion**

„Die Zusammenarbeit zwischen dem Caritasverband und der Stadt Osnabrück verläuft reibungslos und in vielen sozialen Bereichen erfolgreich. Bei der Besetzung einer Sozialarbeiterstelle für die Flüchtlingsarbeit hat allerdings ein anderer Träger ein überzeugenderes Angebot als seine Mitbewerber abgegeben und daher den Zuschlag erhalten. Dabei handelte es sich im Übrigen um eine von der Verwaltung intensiv geprüfte Empfehlung“, betonen Christel Wachtel (SPD) und Anke Jacobsen (Bündnis90/Die Grünen) für die rot-grüne Zählgemeinschaft im Osnabrücker Rat.

Die Behauptung der CDU, die Nichtberücksichtigung des Caritasverbandes führe zu einer „Verwässerung“ der Flüchtlingssozialarbeit, sei in der Sache unbegründet. Die gemeinnützige Outlaw GmbH habe Erfahrungen in der Arbeit mit Migrant\*innen und trage zudem zur Trägervielfalt in der Stadt Osnabrück bei, erläutern Jacobsen und Wachtel weiter. Auch sei die Ansiedlung der zweiten Sozialarbeiterstelle bei der Stadt Osnabrück ein nachvollziehbarer Vorschlag der Verwaltung und Teil des Flüchtlingskonzeptes, welches ausdrücklich eine Vernetzung zwischen freien Trägern, Stadtverwaltung und Flüchtlingen fordere, betonen Jacobsen und Wachtel.

„Dass der Fraktionsvorsitzende der CDU der Zählgemeinschaft eine bewusste Benachteiligung kirchlicher Träger unterstellt, wird zum Bumerang für Brickwedde. Umgekehrt macht die Haltung der CDU eine sachfremde Bevorzugung eines ihr nahestehenden Trägers gegen den Rat der Verwaltung deutlich. Dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen sich bei einer Vergabe an freie Träger an sachlichen und fachlichen Begründungen orientieren, hat zum Beispiel die Auslagerung der Schuldnerberatung an Diakonie und Caritas in der Vergangenheit gezeigt“, so Wachtel und Jacobsen weiter. Das Engagement der Zählgemeinschaft für die Arbeitnehmerrechte in kirchlichen Einrichtungen als Kirchfeindlichkeit zu bezeichnen, sei reine Stimmungsmache, so Wachtel und Jacobsen abschließend.